

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

16. März 2015

Afghanistan

Sicherheitslage

Die Sicherheitslage ist unverändert. Weiterhin kommt es in verschiedenen Landesteilen zu Anschlägen und Kämpfen. Dabei attackieren die Taliban in erster Linie die afghanischen Sicherheitskräfte (z.B. in den Provinzen Badakhshan, Takhar, Kunduz und Parwan). Gegenschläge der Regierung und Militäroperationen, bei denen es teilweise zu zivilen Opfern kam, gab es vergangene Woche in den Provinzen Ghazni, Baghlan, Farah, Ghor, Faryab, Nangarhar, Helmand und Kandahar. Bei Kämpfen werden immer wieder Zivilisten getroffen. In den letzten Wochen wurden nach Behördenangaben regelmäßig ausländische Kämpfer des IS angetroffen, so starben am 10.03.15 im westlichen Farah bei Kämpfen mehrere IS-Kämpfer. Anschläge führen weiterhin zu Opfern in der Zivilbevölkerung. Staatsdiener und Personen, denen Zusammenarbeit mit der Regierung vorgeworfen wird, werden zu Opfern von Entführungen und/oder getötet. So wurden am 11.03.15 im westlichen Herat sechs Regierungsbeamte entführt und im östlichen Nuristan drei Personen, die mit der Regierung kooperiert haben sollen, ermordet; am 14.03.15 wurde ein früherer Distriktsgouverneur in Ghazni ermordet.

80 Peitschenhiebe wegen Weingenusses

In der östlichen Provinz Kunar erhielt ein Mann wegen des Genusses von Wein 80 Peitschenhiebe, die öffentlich vollstreckt wurden. Der Richter erklärte, dass gemäß Drogengesetz die Scharia für das Trinken von Wein gelte.

Pakistan

Todesstrafe

Die Regierung hat die seit 2008 geltende Aussetzung von Hinrichtungen vollständig aufgehoben. Die Zahl der zum Tode Verurteilten wird auf ca. 8.000 geschätzt, 1.000 davon sind nach Ausschöpfung des Rechtsweges unmittelbar betroffen. Grund für die Entscheidung war der Anschlag auf eine Schule in Peshawar im Dezember 2014. Seither wurden bereits 24 Todesurteile vollstreckt.

Anschläge auf christliche Kirchen

Am 15.03.15 griffen zwei Selbstmordattentäter zwei christliche Kirchen in Lahore (Punjab) während des Gottesdienstes an und töteten mindestens 17 Menschen, 78 wurden verletzt. Polizisten hatten versucht, die Angreifer am Betreten der Kirchen zu hindern, woraufhin diese ihre Sprengstoffwesten zündeten. Nach den Anschlägen ergriffen aufgebrachte Anwohner zwei Personen, die verdächtigt wurden, in die Angriffe verwickelt gewesen zu sein, und verbrannten sie bei lebendigem Leib. Zum Anschlag bekannte sich die „Jamaat-ul-Ahrar“, eine Taliban-Splittergruppe, die weitere derartige Angriffe ankündigte.

Türkei

Ausbreitungen bei Gedenkmärschen

Bei Kundgebungen zur Erinnerung an das jüngste Opfer der Gezi-Protteste, Berkin Elvan, kam es am 11.03.15 zu Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei. Mehrere Menschen wurden festgenommen. Berkin Elvan war im Jahr 2013 während der Gezi-Unruhen in Istanbul von einer Tränengaskartusche der Polizei am Kopf getroffen worden und mehrere Monate im Koma gelegen, bis er am 11.03.14 starb. Die Polizei setzte in Istanbul Tränengas und Wasserwerfer ein, einige Demonstranten warfen Steine und Molotowcocktails. Auch in Ankara, Izmir und rund zwanzig anderen Städten fanden Gedenkmärsche statt, die zum Teil von den Sicherheitskräften aufgelöst wurden.

Syrien

4. Jahrestag der Syrien-Krise

Am 15.03.15 begann das fünfte Jahr der Syrien-Krise. Mindestens 220.000 Menschen sind inzwischen ums Leben gekommen. Von der Bevölkerung lebt rund die Hälfte (elf Millionen) als Flüchtlinge im eigenen Land oder in den Nachbarländern. Die durchschnittliche Lebenserwartung hat sich um zwanzig Jahre (von 76 auf 56 Jahre) verringert.

Iran

Ultrakonservativer Vorsitzender des Expertenrats

Der ultrakonservative Kleriker, Ayatollah Mohammad Taqi Mezbah Yazdi, leitet künftig den einflussreichen Expertenrat. Der Rat ernennt und überwacht den Revolutionsführer als geistliches Oberhaupt Irans, der in wichtigen politischen und religiösen Fragen das letzte Wort hat. Yazdi ist über achtzig Jahre alt. Seine Wahl ist eine deutliche Niederlage des moderaten Kandidaten Ali Akbar Hashemi Rafsanjani. Yazdi tritt die Nachfolge von Ayatollah Mohammed Reza Mahdawi Kani an, der vor fünf Monaten starb.

Sohn des iranischen Ex-Präsidenten Rafsanjani zu Haft verurteilt

Mehdi Hashemi ist zu 15 Jahren Haft verurteilt worden. Nach Angaben eines Justizsprechers vom 15.03.15 sei der 45-jährige wegen Angelegenheiten im Zusammenhang mit der „nationalen Sicherheit“ sowie wegen Betrugs und Veruntreuung schuldig gesprochen worden. Neben der Haftstrafe verhängte das Gericht überdies eine Geldstrafe in unbekannter Höhe sowie ein Verbot der politischen Betätigung. Hashemis Anwalt kündigte Berufung an. Mehdi Hashemi war einer der Unterstützer der „Grünen Bewegung“ um die reformorientierten Kandidaten der umstrittenen Präsidentschaftswahl 2009, Mir-Hossein Moussavi und Mehdi Karroubi.

Eritrea

Oppositionsgruppe behauptet Angriff auf staatliches Depot

In einem Statement behauptet die Eritrean National Salvation Front (ENSF), bei einem Angriff am 11.03.15 auf ein staatliches Depot in Asmara „mehrere Lastkraftwagen und andere regierungseigene Maschinen“ zerstört zu haben. Die Rebellen wären sicher zu ihrem Standpunkt zurückgekehrt, sie hätten lediglich einen Leichtverletzten gehabt.

Von Regierungsseite gab es zu dem Vorfall – wie üblich – keine Erklärung. Da nahezu keine internationale Organisation in Eritrea arbeitet, ist es grundsätzlich schwierig, Informationen auf ihren Wahrheitsgehalt zu überprüfen.

Côte d'Ivoire

Haft für Frau des Expräsidenten

Die Frau des früheren Präsidenten, Laurent Gbagbo, wurde am 10.03.15 von einem Gericht in Abidjan zu zwanzig Jahren Haft verurteilt, zehn Jahre mehr als die Staatsanwaltschaft beantragt hatte. Mit Simone Gbagbo wurden gegen 77 weitere Angeklagte, darunter ihr Sohn, Michel Gbagbo, Haftstrafen verhängt. Ihr wurde vorgeworfen, die Autorität des Staates angegriffen, an einem staatsstreichartigen Unternehmen teilgenommen und den öffentlichen Friedens gestört zu haben, als es nach den Präsidentschaftswahlen 2010 zu monatelangen Ausschreitungen kam. Auslöser war die Weigerung ihres Mannes, den Wahlsieg des heutigen Präsidenten, Alassane Ouattara, anzuerkennen. Anhänger beider Lager bekämpften sich, mehr als 3.000 Menschen starben. Die ehemalige First Lady galt als die eigentlich starke Persönlichkeit in der ivoirischen Politik. Ihr wurden immer wieder Machtmissbrauch und Verbindungen zu den Todesschwadronen vorgeworfen, die gegen politische Gegner gewaltsam vorgingen.

Ihr Mann, Laurent Gbagbo, muss sich wegen seiner Rolle bei den Gewaltausbrüchen vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag verantworten. Der Prozess soll im Juli beginnen.

Vorwurf der „Siegerjustiz“

Menschenrechtsorganisationen kritisieren eine „Siegerjustiz“. So gehören von insgesamt 150 derzeit im Zusammenhang mit den Unruhen Inhaftierten nur zwei dem Lager von Präsident Ouattara an, obwohl dessen Unterstützer für die Eskalation der Ausschreitungen mitverantwortlich waren. So wirft Human Rights Watch beiden Seiten Mord, Vergewaltigung und das Niederbrennen von Dörfern vor. Die mangelnde Aufarbeitung dieser Menschenrechtsverletzungen verhindert eine Versöhnung des politisch zweigeteilten Landes.

Nigeria

Über neunzig Tote bei Überfall

Am 15.03.15 attackierten am frühen Morgen im zentralnigerianischen Bundesstaat Benue Bewaffnete das Dorf Egba (Agatu Local Government Area). Sie töteten über neunzig Menschen, zerstörten Vorratsspeicher und verwüsteten Ackerland. Als Täter werden halbnomadische Hirten der Ethnie der Fulani vermutet. In den letzten Jahren wurden mehrere Hundert Menschen in Benue bei Angriffen und Vergeltungsschlägen zwischen Bauern und Fulani-Hirten getötet.

IS akzeptiert Treueschwur von Boko Haram

Am 12.03.15 verkündete der IS-Sprecher Abu Mohammed al-Adnani in einer Audiobotschaft, dass der IS-Anführer Abu Bakr al-Baghdadi den Treueschwur der nigerianischen Terrorgruppe Boko Haram vom 07.03.15 akzeptiert habe. Für Muslime, die sich nicht dem IS in Syrien oder im Irak anschließen könnten, bestehe nun eine neue Möglichkeit in das Land des Islams auszuwandern und zu kämpfen.

Selbstmordanschlag in Maiduguri

Am 10.03.15 sprengte sich in Maiduguri (Hauptstadt des Bundesstaates Borno) eine jugendliche Selbstmordattentäterin nahe dem Montagsmarkt in die Luft. Mindestens 34 Menschen wurden getötet.

Weitere Erfolge im Kampf gegen Boko Haram

Nigrische und tschadische Truppen überschritten am 08.03.15 im Rahmen einer gemeinsamen Offensive gegen Boko Haram die Grenze vom Niger nach Nigeria. Sie nahmen am 09.03.15 im Bundesstaat Borno die Stadt Damasak (etwa 10 km von der Grenze entfernt, Verwaltungssitz der Mobbar Local Government Area, LGA) ein. Zehn tschadische Soldaten sowie etwa 200 Boko Haram Kämpfer wurden getötet.

Laut nigerianischen Militärangaben konnte am 11.03.15 Bornos zweitgrößte Stadt Bama (Verwaltungssitz der gleichnamigen LGA) nach zweitägigen Kämpfen aus den Händen der Boko Haram rückerobert werden. Bama stand seit September 2014 unter der Kontrolle der Islamisten. Am 11.03.15 wurde die Rückeroberung der Stadt Bara (Bundesstaat Yobe, Verwaltungssitz der Gulani LGA) gemeldet.

Damit sollen laut Regierungsangaben nur noch vier LGAs unter der Kontrolle von Boko Haram stehen. Laut Pressemeldungen werden die nigerianischen Truppen von mehreren Hundert Söldnern aus Südafrika und der früheren Sowjetunion unterstützt.

DR Kongo

Demokratieaktivisten festgenommen

Am Abend des 15.05.15 wurden in Kinshasa in einem Kulturzentrum im Anschluss an eine Pressekonferenz etwa vierzig Pro-Demokratieaktivisten, Journalisten, Musikanten und ein US-Diplomat von Sicherheitskräften verhaftet. Das Treffen diente der Vernetzung von Initiativen, um eine verfassungswidrige dritte Amtszeiten von Staatspräsident Kabila zu verhindern. Aktivisten aus Senegal und Burkina Faso, wo Vergleichbares gelang, wollten sich auf der Veranstaltung mit Kongolesen austauschen.

Westbalkan

EU-Monitoring zur visumfreien Einreise

Die EU-Kommission hat am 25.02.15 ihren fünften Bericht über die visumsfreie Einreise aus den westlichen Balkanstaaten (Serbien, EJR Mazedonien, Montenegro, Bosnien und Herzegowina, Albanien) vorgelegt. Danach sind weitere Maßnahmen notwendig, um visumsfreie Einreisen beibehalten zu können. Der Asylmissbrauch des Asylsystems der Union gebe nach wie vor Anlass zur Sorge. Die Zahl der Asylanträge ist seit Abschaffung der Visumpflicht ständig gestiegen. Gleichzeitig ging die Schutzquote zurück.

Zusätzlich zu den Berichten hat die Union einen Mechanismus eingeführt, der eine vorübergehende Wiedereinführung der Visumpflicht ermöglicht. Kein Mitgliedsstaat hat dies bisher beantragt. Die Kommission möchte das visumsfreie Reisen erhalten; es müssen aber die Flucht- und Missbrauchsursachen in den Herkunftsländern behoben werden.

Kosovo ist das einzige Land des Westbalkans, das noch keine Visumbefreiung hat. Die Kommission führt derzeit einen Dialog mit Kosovo.

EJR Mazedonien

Überwachungsskandal

Über Jahre wurden Tausende Vertreter von Medien, Politik und Diplomatie ausspioniert. Die Opposition veröffentlichte Mitschnitte, um die Regierung zu diskreditieren. Diese sieht darin einen Putschversuch (vgl. BN v. 23.02.15). Oppositionsführer Zaev (SDSM) fordert jetzt die Bildung einer Übergangsregierung, die Neuwahlen organisieren soll.

Premierminister Gruevski (VMRO-DPMNE) ist seit 2006 an der Macht. Internationale Organisationen bescheinigen dem Land seither einen rapiden Verfall der demokratischen Standards. Nationalismus und die Einschüchterung von Regierungsgegnern bestimmen das Bild. Funktionäre von Oppositionsparteien wurden inhaftiert und kritische Medien an den Rand gedrängt oder geschlossen.

Der Überwachungsskandal hat das bereits angespannte Verhältnis zwischen Regierung und Opposition massiv verschlechtert. EU-Erweiterungskommissar Hahn äußerte „ernste Besorgnis“ angesichts der politischen Entwicklungen.

Ukraine

Lage im Osten

Die Lage ist weiterhin unübersichtlich. Infolge der Waffenstillstandsvereinbarung gingen die Auseinandersetzungen zurück, kamen aber nicht vollständig zum Erliegen. Beide Seiten haben ihre schweren Waffen von der Front abgezogen. Der ukrainische Präsident bezeichnete das Abkommen von Minsk quasi als gescheitert, da jeden Tag von Seiten der Aufständischen geschossen werde, oft mehr als sechszigmal am Tag.

Die USA wollen die Ukraine mit weiteren Rüstungsgütern, unbewaffneten Drohnen, Mörserabwehrsystemen, Funkgeräten und Militär-Krankswagen, im Wert von 75 Millionen Dollar beliefern. Außerdem ist die Lieferung von zwanzig gepanzerten sowie zweihundert nicht gepanzerten Geländewagen geplant. Bislang haben die USA das krisengeschüttelte Land mit Rüstungsgütern im Wert von rund 120 Millionen Dollar unterstützt.

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) beschloss am 12.03.15 die Ausweitung des Mandats auf bis zu tausend Beobachter. Da beide Seiten der OSZE den Zugang erschweren oder

unmöglich machen, forderte sie außerdem ungehinderten Zugang für die Beobachter in den Gebieten, aus denen schwere Waffen abgezogen worden sind.

Russische Föderation

Russland wegen Erniedrigung eines Rekruten verurteilt

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat Russland am 12.03.15 wegen menschenunwürdiger Behandlung eines Rekruten verurteilt. Der 27-Jährige war nach eigenen Angaben im Jahr 2007 nach zwei Fluchtversuchen gezwungen worden, sich auf dem Exerzierplatz nackt vor anderen Soldaten aufzustellen. Damit sollte bewirkt werden, dass er nicht nochmals die Truppe unerlaubt verlässt. Der EGMR betrachtete dies als Verstoß gegen Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention, der Folter, menschenunwürdige und erniedrigende Behandlung verbietet. Russland kann Berufung beantragen.

Russland wird immer wieder wegen inhumaner Behandlung kritisiert, insbesondere jüngerer Soldaten durch Offiziere und ältere Wehrpflichtige.

China

Mehr Strafverfahren in Xinjiang

Gestützt auf die Analyse offizieller Gerichtsstatistiken berichtete die Dui Hua Foundation in ihrem Human Rights Journal am 10.03.15 von deutlich verstärkten Repressionen gegenüber Menschenrechtsaktivisten und Dissidenten in Xinjiang im Jahr 2014. So sei die Zahl erst- und zweitinstanzlicher Strafverfahren in Xinjiang gegenüber 2013 um mehr als vierzig Prozent auf 29.511 gestiegen. Eine Ursache hierfür sei wahrscheinlich die von Präsident Xi Jinping im Mai 2014 gestartete Kampagne gegen Terrorismus.